



FRAKTION DER SPD

IM DEUTSCHEN
BUNDESTAG

Aktionsbündnis „Hier geblieben!“
politiker_reaktionen@hier.geblieben.net

Arbeitsgruppe
Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Christel Humme, MdB,
Sprecherin

Tel.: (030) 227-51344 / -75602

Platz der Republik
11011 Berlin

agfamilie@spdfraktion.de

Berlin, den 14. September 2005

„Stimmen für Bleiberecht und UNO Kinderrechte“

Ihr Brief an die Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagswahl 2005

Sehr geehrter Herr Laucke,

herzlichen Dank für Ihre Mail vom 13. September. Sie sprechen sich darin für die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bzw. für die Rücknahme der Vorbehaltserklärung aus.

Auch meine Fraktion hält die Rücknahme dieser Vorbehaltserklärung für längst überfällig. Deshalb haben wir den Antrag „Kinderrechte in Deutschland stärken – Erklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen“ (Bundestagsdrucksache 15/4724) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Er wurde im Juni 2005 beschlossen. Mit diesem Antrag zeigen wir deutlich: Wir treten ein für die Rücknahme der Vorbehaltserklärung der Bundesrepublik zur UN-Kinderrechtskonvention.

Die kinderpolitische Bilanz der SPD-geführten Bundesregierung wird international allgemein als hervorragend bewertet. Dies wurde auch bei der Anhörung zum 2. Staatenbe-

richt zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention durch den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes am 16. Januar 2004 in Genf deutlich. Der insgesamt positive Blick auf die Situation der Kinderrechte in Deutschland wird jedoch durch die nach wie vor bestehende Vorbehaltserklärung getrübt. Die Erklärung besteht aus fünf Punkten. Vier der fünf Punkte sind inzwischen im Sinne der Kinderrechtskonvention geregelt worden.

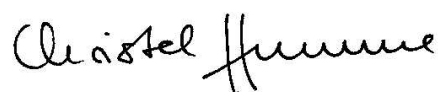
Noch offen ist der vierte Punkt der Erklärung, der ausländerrechtliche Teil. Auch wenn die Erklärung hier als Interpretationserklärung ohne Rechtsfolgen gilt, leidet die kinderpolitische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik. Dass die Vorbehaltserklärung nicht zurückgenommen wird, ist auf die ablehnende Haltung der Mehrheit der Bundesländer zurückzuführen. Die Rücknahme ist aus Sicht meiner Fraktion an der Zeit.

In unserem Antrag fordern wir deshalb die Bundesregierung auf, erneut an die Landesregierungen mit dem Ziel heranzutreten, die Zustimmung zur Rücknahme der Vorbehaltserklärung zu erreichen. Sollte dies nicht möglich sein, sollte auch erwogen werden, inwieweit im Zuge der anstehenden Umsetzung europäischen Rechts der ausländerrechtliche Vorbehalt ungeachtet der politischen Rücksichtnahme auf die Länder zurückgenommen werden kann.

Mit dem neuen Zuwanderungsrecht haben wir grundsätzlich anerkannt, dass Deutschland tatsächlich schon seit langem ein Einwanderungsland ist. Humanität und Völkerrecht verpflichten uns dazu, Menschen in Not aufzunehmen. Deshalb haben wir wesentliche Verbesserungen beim humanitären Aufenthaltsrecht erwirkt. Außerdem fördern wir die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer durch konkrete, in dem Gesetz vorgesehene Maßnahmen.

Für weitere Fragen oder Anmerkungen stehe ich Ihnen sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in black ink, reading "Christel Hummer".